

**Rede  
des Sprechers für Bau- und Wohnpolitik**

**Dirk Adomat, MdL**

zu TOP Nr. 39

Erste Beratung

**Land muss mehr Verantwortung auf dem  
Wohnungsmarkt übernehmen -  
Landeswohnungsbaugesellschaft jetzt!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/5069

während der Plenarsitzung vom 21.11.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

„Bezahlbarer Wohnraum ist eine der bedeutendsten Fragen unserer Zeit“ - ich weiß nicht, wie häufig wir diesen Satz im Landtag noch hören werden. Eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu fordern, scheint mittlerweile ein Vorrecht aller Oppositionsparteien zu sein. Kollege Meyer, Sie wissen ganz genau, dass in Bayern besondere Gründe ausschlaggebend waren, warum sie dort gegründet wurde. In Ihrer Regierungszeit haben Sie jedenfalls nicht gefordert, die NLG zu einer Landeswohnungsbaugesellschaft zu machen.

Die regierungstragenden Fraktionen haben die Tragweite des Problems erkannt - infolge des Verfassungsauftrags auch sehr frühzeitig - und sind höchst strukturiert vorgegangen. Sie haben zusammen mit dem Bauminister eine Struktur reingebracht, die sehr gut ist.

Wir haben unmittelbar nach Beginn der Legislaturperiode das „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ gegründet. Ursprünglich hatte es 30 Akteure, mittlerweile ist es auf gut 60 Akteure angewachsen. Dieses Bündnis hat von Februar bis Ende letzten Jahres sehr schnell sehr gut verwertbare Ergebnisse geliefert. Es sind 100 Maßnahmen vorgeschlagen worden. Mit diesen Ergebnissen gehen wir um. Dabei machte es Sinn, Prioritäten zu setzen.

Wir haben zunächst einmal die Förderrichtlinien optimiert. Das war auch richtig. Sie haben ausgeführt, dass zunächst nicht gebaut wurde, wissen aber selbst, dass die Wohnungsbaugesellschaften darauf gewartet haben, dass die Förderrichtlinien optimiert werden.

Sie wussten, dass auch finanziell gefördert werden sollte. Zusätzlich zum Bundesmittelansatz in Höhe von knapp 100 Millionen Euro sind noch 400 Millionen Euro in den Wohnraumförderfonds geflossen. Zusätzlich sind knapp 40 Millionen Euro aus Landesmitteln hinzugekommen. Der Topf ist voll, und die Anträge, die in den Jahren 2017 und 2018 erarbeitet worden waren und seitdem in den Schubladen lagen, wurden dann im Jahre 2019 gestellt.

Ich gebe Ihnen recht, dass jetzt ein kleiner Rückgang bei den Anträgen zu erwarten ist. Das wurde uns am Anfang der Woche vom Verband der Wohnungswirtschaft hier in Hannover prognostiziert. Aber wir müssen auch sehen, was jetzt noch kommt, was wir zu erwarten haben.

Ihr Antrag ist also ganz gewiss nicht falsch, aber kommt in der Gesamtsystematik ein wenig zu früh.

Sie wissen, dass wir, als wir die o. g. Ergebnisse abgearbeitet haben, eine ganze Menge getan haben, um in Niedersachsen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Sie waren dabei, Sie haben mitgewirkt. Zum Teil basierte das auf Ihren Initiativen, etwa als es darum ging, mithilfe des Zweckentfremdungsgesetzes Mieterschutz zu betreiben. Es ging auch um die Quartiersentwicklung; denn wenn mehr gebaut wird, müssen wir auch dafür sorgen, dass die Menschen in den Quartieren vernünftig wohnen. Ich nenne ferner das Wohnraumschutzgesetz, das Quartiersmanagement und natürlich die permanente Weiterentwicklung der Niedersächsischen Bauordnung, damit auch barrierefrei gebaut wird.

Meine Damen und Herren,

Sie haben auch angeführt, dass es eine Kommentierung des Landesrechnungshofes gab, die im Ausschuss vor dem Hintergrund zurückgenommen worden ist, dass wir einen Antrag in der Vorbereitung haben, wie mit einer neuen Rolle für die Niedersächsische Landgesellschaft umzugehen wäre und welche Aufgaben an sie übertragen werden könnten. Wir befinden uns aktuell in einer Diskussion und erarbeiten ebenfalls einen Antrag.

Ich bin auch sehr dafür, dass wir prüfen, ob es nicht ein erster Schritt wäre, die Aufgaben, die uns die Baulandkommission des Bundes gestellt hat - Bauland soll direkt zur Verfügung gestellt werden -, an die NLG zu übertragen. Das wäre, wie mir auch die Wohnungsbaugesellschaften signalisiert haben, eine große Stütze. Es gibt Wohnungsgesellschaften, die nicht selbst bauen, und wenn wir diese an der Stelle unterstützen würden, wäre das ein erster Schritt.

Dabei müssen wir auch berücksichtigen - in der Hinsicht, Herr Meyer, bin ich noch nicht ganz bei Ihnen -, dass wir nicht so weitermachen sollten wie bisher. Sie haben es selbst erwähnt: Man muss aus den alten Fehlern lernen. Wir müssen nicht unbedingt wieder genau das machen, was wir irgendwann mal abgeschafft haben, sondern wir müssen, wenn wir das Thema Wohnungsbaugesellschaft angehen, sehen: Geht es um eine Gesellschaft? Geht es um zwei Gesellschaften? Wen nehmen wir auf diesem Weg mit?

Vielleicht gelingt es uns ja, die bestehenden Strukturen in der Bauwirtschaft in eine solche Gesellschaft mit einzubinden. Wir haben in Niedersachsen ja Baugesellschaften, die hervorragend funktionieren. Das wäre möglicherweise eine Brücke, über die Sie und auch die FDP gehen könnten.

Sie haben es mit Goethe gesagt, ich sage es mit eigenen Worten: Alle Menschen in Niedersachsen sollen schön und bezahlbar wohnen.

Vielen Dank.